Partei-Zusammenbruch



Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit

von Heinrich Cunow

Partei-Zusammenbruch?

Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit

von

Heinrich Cunow



Berlin 1915

Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.

(Hans Weber-Berlin)

Inhalt



I.

Ideologie und Geschichte.

Die Opposition gegen die Abstimmung unserer Reichstagsfraktion am 4. August und 2. Dezember vorigen Jahres nimmt immer widerlichere Formen an. Wer mit der Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten nicht einverstanden ist, hat zweifellos das Recht der Kritik — einer sachlichen, parteigenössischen Kritik selbstverständlich, wenngleich man selbst unter solcher Bedingung der Ansicht sein kann, daß es besser wäre, die Kritik aus gewissen Gründen bis nach dem Kriege zu verschieben. Wenn aber der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihren Führern von in- und ausländischen Opponenten Feigheit, Verrat, Prinzipienlosigkeit, Abdankung, Zusammenbruch usw. vorgeworfen wird, so kann sicherlich kaum noch von einer sachlichen Kritik gesprochen werden. Doch ich möchte hier weder gegen die von manchen Entrüsteten beliebten Anschuldigungen polemisieren, noch über die Abstimmungsfrage selbst sprechen; viel wichtiger dünkt mich zunächst eine Charakterisierung der in allen möglichen Variationen wiederkehrenden Redensart: „Die deutsche Sozialdemokratie ist zusammengebrochen!", zumal sich in dieser Redensart nach meiner Ansicht mehr als in irgendeiner anderen die heutige theoretische oder richtiger ideologische Verwirrung deutscher und ausländischer Parteistrategen spiegelt.

Zusammenbruch der deutschen sozialdemokratischen Partei! Weshalb? Streift man von dieser Behauptung die zur bloßen Verzierung dienende Phraseologie ab, so ergibt sich als letzter Grund: Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht den Erwartungen entsprochen, die wir (die Betreffenden) an sie gestellt haben; sie hat nicht

gegen die Kriegskredite gestimmt, keinen General- oder Massenstreik gemacht, sich nicht gegen die Truppenaushebungen aufgelehnt usw. Ebenso ist nicht, wie wir früher glaubten, schon in den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch die kapitalistische Wirtschaft elend zusammengebrochen, keine Volkserhebung und keine Aufrichtung irgendeines sozialistischen Regiments erfolgt. Alles ist bisher anders verlaufen, als wir dachten!

Eine sonderbare Logik — um so sonderbarer, wenn sich die Betreffenden obendrein auf die Marxsche Geschichtstheorie berufen. Weil sich ein Teil der sozialistischen Intellektuellen in seinen Erwartungen getäuscht findet, weil die geschichtlichen Ereignisse sich nicht nach ihren Illusionen gerichtet haben — deshalb ist nach ihrer Ansicht die deutsche Sozialdemokratie zusammengebrochen und kann nicht mehr als wesentlicher Faktor der internationalen sozialistischen Bewegung gelten. Einem Politiker mit einigen Geschichtskenntnissen, vor allem aber einem Geschichtstheoretiker, der den geschichtlichen Entwickelungslauf in seinen Bedingungen und Zusammenhängen zu erfassen sucht, müßte in dem Fall, daß die Geschichte anders verläuft, wie er erwartet und erhofft hat, sich zunächst doch die Frage aufdrängen: „Wie weit war ich zu meinen Erwartungen geschichtlich berechtigt? Habe ich nicht vielleicht einzelne Entwickelungsmomente falsch beurteilt? Vielleicht sogar die ganze heutige kapitalistische Wirtschaftsentwickelung und die Fortschritte der sozialistischen Bewegung gründlich überschätzt und daher grundlose Illusionen in mir großgezogen?“

Diese Frage müßte jedem der Zusammenbruchs-Räsonneure — vorausgesetzt, daß er überhaupt geschichtlichen Sinn besitzt — sich um so mehr aufdrängen, als ja andere am Krieg beteiligte Länder, wie England, Frankreich, Oesterreich, seine Erwartungen ebenso enttäuscht haben. Tatsächlich wird aber — das ist äußerst kennzeichnend für den Stand unserer Parteitheoretik — diese Frage gar nicht gestellt. Aus der Nichtübereinstimmung ihrer Erwartungen, ihrer Ideologie mit den geschichtlichen Vorgängen schließen die Betreffenden nicht, daß ihre Ideologie auf das verkehrte Geleise geraten ist, sondern kurzweg, daß die Geschichte eine unrichtige Bahn eingeschlagen hat: eine Folgerung, die einfach unterstellt, nicht die politische Ideologie hätte sich nach dem Entwickelungsverlauf zu richten und in diesem ihre

Korrektur, ihre Richtigstellung, zu finden, sondern umgekehrt, der Geschichtsverlauf müßte sich der Ideologie bezw. den politischen Illusionen anpassen. Die in der materialistischen Geschichtsauffassung begründete Folgerung, daß gegenüber der Ideologie die Geschichte immer recht hat, ist diesen Genossen anscheinend noch gar nicht in ihrer Bedeutung klar geworden trotz ihrer häufigen Berufungen auf die Marxsche Geschichtslehre.

In Wirklichkeit ist der Weg aller politischen Entwickelungsgeschichte, wie man sagen darf, mit schönen Illusionen gepflastert, nicht zum wenigsten die Geschichte der sozialistischen Bewegung. Wir brauchen uns nur näher anzusehen, welche sonderbaren Illusionen über die Verwirklichung des Sozialismus, von den sozialistischen Utopisten des siebzehnten, achtzehnten Jahrhunderts an bis heute, einander abgelöst und wie wenig alle diese Erwartungen dem tatsächlichen Entwickelungsgang entsprochen haben — und wir werden die mannigfachsten Zusammenbrüche der politischen Ideologie konstatieren müssen. Das ist ganz selbstverständlich, denn mit der politischen Ideologie steht es durchaus nicht anders als mit der Rechts- und Moralideologie usw. Zwar folgt sie im ganzen der Entwickelung des gesellschaftlichen Lebensprozesses; aber selbst der fähigste Beobachter und Theoretiker überblickt doch immer nur einen kleinen Teil der sozialen Erscheinungen, vor allem in der heutigen Zeit der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, und er ist bei dem, was er sieht, besonders bei Neuerscheinungen, auf bloße Abschätzungen, auf Annahmen angewiesen. Und selbst dann, wenn sich bestimmte Tendenzen erkennen lassen, ist damit wenig gewonnen: eine Tatsache, die in der sozialistischen Theoretik noch immer erst zum kleinsten Teil begriffen wird. Denn die gesellschaftliche Entwickelung ist nicht die Auswirkung einiger parallellaufender Tendenzen, von denen jede ihre besondere Wirkungssphäre hat, sondern die verschiedenen Tendenzen beschränken, durchkreuzen einander mannigfach, und zwar in den einzelnen Entwickelungsphasen wieder in verschiedener Weise und in verschiedenem Grade.

Zudem aber ist jeder Mensch, auch der kühlste Realpolitiker, in der Beurteilung der Erscheinungen seiner sozialen Umwelt immer mehr oder weniger von seines Herzens Drang, vom eigenen Wollen und Wünschen abhängig — der temperamentvolle Mensch gewöhnlich am meisten. Er denkt gewissermaßen nie allein mit dem Hirn, sondern immer auch

mit dem Gemüt, wie es denn auch nicht nur vorgefaßte Meinungen gibt, sondern auch vorgefaßte Hoffnungs- und Wunschstimmungen.

So entstehen naturgemäß immer wieder fehlerhafte Gedankenkonstruktionen, die in ruhigen Entwickelungszeiten, wenn auch im einzelnen vielleicht mannigfach angefochten, oft lange fortleben, da der strikte geschichtliche Beweis ihres imaginären Charakters fehlt, bis dann plötzlich Umwälzungen und Umschläge des gesellschaftlichen Lebens sie als Täuschungen, als Illusionen enthüllen.

Auch Marx und Engels haben sich in der Beurteilung der Entwickelungsvorgänge mannigfach geirrt, und zwar gründlich. Hier sei nur an die Tatsache erinnert, daß sie bereits 1849 die kapitalistische Entwickelung reif wähnten für „die Herrschaft des revolutionären Proletariats" und den durch diese eingeleiteten Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Als dann im Jahre 1850 die Abflauung der revolutionären Strömung ihrer Auffassung des Geschichtsverlaufs widersprach, stellten sie freilich nicht — sie waren eben wirkliche Geschichtstheoretiker — die Forderung, die Geschichte solle sich gefälligst nach ihren Illusionen richten, sondern sie faßten kurzweg die geschichtlichen Vorgänge als Korrektur ihrer Ideologie auf und erklärten im Herbst 1850 in der „Neuen Rhein. Ztg.", auf eine neue Revolution sei erst im Gefolge einer neuen großen Wirtschaftskrise zu rechnen.

Der Geschichtsverlauf bewies nach ihrer Ansicht eben einfach, daß ihre Auffassung nur eine Illusion sei, und deutlich genug sagt denn auch Engels in seiner Einleitung zu dem späteren Wiederabdruck der Marxschen Artikel über die „Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850":

„Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwickelung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat — alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage."

Eine Selbstkritik, die alle Anerkennung verdient, denn ehrlich gesteht hier Engels eine vom heutigen Erfahrungsstandpunkt aus geradezu unbegreifliche Ueberschätzung der damaligen kapitalistischen Entwickelungsstufe ein. Man vergleiche die kümmerlichen Anfänge der kapitalistischen Wirtschaft in den Jahren 1848/49 mit ihrem jetzigen viel höheren Stand — ein Zwerg gegen einen Riesen, und doch glaubte schon damals selbst ein Marx, die kapitalistische Wirtschaftsweise sei reif für den Sozialismus. Sicherlich eine geradezu ungeheuerliche Ueberschätzung!

II.

Wie steht es um die Abwirtschaftung des Kapitalismus?

Eine ähnliche Ueberschätzung der kapitalistischen Entwickelung ist es auch, die nach meiner Ansicht einen beträchtlichen Teil unserer Parteitheoretiker und durch deren geistigen Einfluß große Gruppen unserer ganzen Partei zu allerlei Illusionen verleitet hat — und heute noch verleitet. Es ist bei vielen Parteigenossen geradezu zu einem Dogma geworden, daß der Kapitalismus eigentlich längst abgewirtschaftet hat und gewissermaßen nur noch künstlich durch Galvanisierungsmittel sein Leben fristet. In diesem Dogma liegt tatsächlich nicht nur die Quelle so mancher seltsamen Einschätzung politischer Vorgänge der letzten Zeit, der Aufbauschung nebensächlicher Wahlerfolge oder parlamentarischer Ereignisse zu Symptomen der „Weltenwende", des „Anbruchs des neuen sozialistischen Zeitalters" oder dergleichen, sondern auch so mancher taktischen Fehlschlüsse und Streitereien in unseren eigenen Reihen; denn dem, der fest an dieses Dogma glaubt, erscheinen selbstverständlich nicht nur viele politische Vorgänge in einem anderen, rosigeren Licht, als dem, der die wirtschaftliche Entwickelung für noch nicht so weit vorgeschritten hält, er wird naturgemäß auch in vielen Fällen über die Wirksamkeit und Nützlichkeit bestimmter taktischer Maßnahmen eine ganz andere Meinung haben.

Daß in unserer Partei vielfach die Entwickelungsstufe des Kapitalismus überschätzt wird, ist meine Ansicht nicht erst seit gestern oder vorgestern, sondern seit mehr als zwanzig Jahren. Ich könnte dafür aus alten Zeitungsartikeln, Polemiken, Rezensionen usw. eine lange Reihe Zeugnisse beibringen, aber die leicht kontrollierbaren Aufsätze, die ich für die „Neue Zeit" geschrieben habe, genügen schließlich auch.

Wenn ich hier auf einige dieser Artikel Bezug nehme, geschieht es nicht, um selbstgefällig nach bekannten Mustern erklären zu können: „Seht, das habe ich ja schon immer gesagt!" Von solcher kleinlichen Eitelkeit werde ich nicht geplagt; aber jene alten Artikel bieten mir nahe zur Hand liegende bequeme Beispiele, an denen ich leicht zu demonstrieren vermag, inwiefern ich die in unserer Partei vorherrschende Ansicht über die Reife der kapitalistischen Entwickelung für verfehlt halte und in ihr die Ursache so mancher früheren und heutigen Parteiillusionen erblicke.

Als im Jahre 1896 die Tagalen sich gegen die spanische Herrschaft über die Philippinen empörten, schrieb ich für die „Neue Zeit" (XV, I) zwei Artikel über die „Kolonialpolitik der Spanier auf den Philippinen". Am Schlusse des letzten Artikels fügte ich hinzu, daß eine Annexion Luzons durch Japan das malaiische Landvolk noch mehr herabdrücken und zugleich in Japan die anti-europäische Richtung stärken würde. Solche mongolische Expansion läge aber nicht im kulturellen Interesse Europas.

Anderer Ansicht war die Redaktion der „Neuen Zeit". Sie gab zu, daß für die Landbevölkerung der Philippinen zunächst das spanische Regime das kleinere Uebel sein möge; aber Japan sei in Asien eine revolutionäre Macht, die berufen sei, dort die kapitalistische Produktionsweise zur Herrschaft zu bringen. Jeder Schritt, den der Kapitalismus in Asien vorwärts mache, sei „in Europa ein Schritt vorwärts zum Sozialismus".

Ich antwortete in einem Artikel: „Unsere (d. h. natürlich unsere sozialistischen) Interessen in Ostasien". Dort erklärte ich, ich möchte das Vordringen des Kapitalismus in Ostasien nicht deshalb hinausgeschoben wissen, weil ich den Eingeborenen ihre gemächlichere Lebensweise erhalten wolle. Der einem Volk wie den Malaien Luzons aufgezwungene Kapitalismus könne aber nicht mit dem, der in Europa „aus historisch gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen in natürlicher Entwickelungsfolge erwachsen sei", verglichen werden. Er sei etwas ganz anderes.

„Wo der Kapitalismus bisher in Asien zu einiger Ausdehnung gelangt ist, da ist er mit einer später zu erwähnenden Ausnahme ein in exotischen, ungedüngten Urboden verpflanztes, künstlich aufgezogenes Gewächs, das unter den veränderten Wachstumsbedingungen keineswegs sich genau so entfaltet, wie auf Europas altem Kulturboden."

Die Reaktion der proletarisierten Masse gegen die sie herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus bliebe dort aus. Weder komme es dort zu einem „klassenbewußten Widerstand" der eingeborenen Arbeiter, noch zum Aufstreben in eine „höhere Lebenslage". Der Kapitalismus sei dort also auch für die Volksmasse keine Durchgangsstufe zu einer höheren Entwickelung, sondern nur Verelendung. Dennoch, so führte ich weiter aus, ließe sich gegen die forcierte Aufziehung des Kapitalismus in der asiatischen Inselwelt nichts einwenden, wenn sie die Entwickelung der westeuropäischen Kulturländer zum Sozialismus fördern würde. Das sei aber unter den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen nicht der Fall. Wörtlich heißt es in dem betreffenden Aufsatz:

„Indes, der Siegeszug des Kapitalismus ist unaufhaltsam, früher oder später wird er auch in die heute noch rückständigen Gegenden Asiens seinen Einzug halten, und wenn wir von der Beschleunigung dieses Siegeszuges eine schnellere Entwickelung Westeuropas zum Sozialismus zu erwarten hätten, dann würde es unbedingt im Interesse des westeuropäischen Proletariats liegen, Ostasien baldigst der kapitalistischen Produktionsweise völlig erschlossen zu sehen. Eine solche Wirkung könnte aber nur dann eintreten, wenn das kapitalistische System sich in Westeuropa tatsächlich schon ausgelebt, *wenn es bereits die Vorbedingungen produziert hätte zum Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.* Nur in solchem Falle würde wahrscheinlich die Entziehung unserer asiatischen Absatzgebiete das Resultat zeitigen: Bankerott oder Sozialismus. So weit sind wir aber meines Ermessens vorläufig noch nicht. Noch stehen wir recht weit vom Endziel der kapitalistischen Entwickelung. In den Hauptzentren des Handels und der Industrie lebend, die enorme Steigerung der Produktion und den Verfall des liberalen Bürgertums vor Augen, *unterschätzen wir nur allzu gerne die Entfernung und Hindernisse, die uns noch vom Ziel trennen.* In welchem Lande ist denn schon die Selbstabwirtschaftung des Kapitalismus so weit vorgeschritten, daß es als reif für die sozialistische Wirtschaftsform gelten kann? In England nicht, in Deutschland und Frankreich noch weniger, und am wenigsten sicherlich in Oesterreich und Italien, wo teilweise der eigentliche industrielle Großbetrieb erst eben zum Durchbruch kommt; und doch kann der sozialistische Betrieb nicht mit Erfolg auf beschränktem lokalen Gebiet inmitten der kapitalistischen Gesellschaft, gleichsam auf einer Oase in der Wüste, durchgeführt werden."

Würden unter solchen Verhältnissen die auf niedriger Entwickelungsstufe zurückgebliebenen asiatischen Gebiete der

japanischen Herrschaft unterworfen, so bedeute das, wie ich weiter ausführte, nicht die Alternative für Westeuropa: „Bankerott oder Sozialismus“, sondern zunächst eine Verengung des asiatischen Absatzmarktes für bestimmte europäische Industriezweige, also eine gewisse relative Verlangsamung der großindustriellen Entwickelung Westeuropas.

Nicht die Marxsche Auffassung des kapitalistischen Entwickelungsganges, nicht die von Marx angenommene Entwickelungsrichtung wollte ich damit bestreiten, sondern nur die in unserer Partei übliche Ansicht, die kapitalistische Entwickelung hätte bereits jene Stufe erreicht, die als Vorbedingung der Verwirklichung des Sozialismus historisch nötig sei. Nach meiner Auffassung war die damalige kapitalistische Entwickelungsphase keineswegs schon die letzte. Wir standen vielmehr vor einer neuen höheren Entwickelungsperiode des Kapitalismus, die voraussichtlich manche Jahrzehnte andauern und neue kapitalistische Wirtschaftsgebilde hervorbringen werde. Wohl vermochte ich mich nicht der Ansicht zu verschließen, daß Marx und Engels einzelne Entwickelungsvorgänge unrichtig beurteilt hätten; aber, wie mir schien, nicht weil sie sich in der Entwickelungsrichtung selbst getäuscht hatten, sondern erstens, weil sie auch noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Stand der kapitalistischen Wirtschaftsentwickelung vielfach überschätzt hatten, und zweitens, weil sie die fernere Entwickelung zu sehr als einfache Verlängerung (weniger als Formationsänderung) der bisherigen Wirtschaftsweise aufgefaßt und deshalb die neueren Gestaltungen häufig zu allgemein nach Analogie der früheren beurteilt hatten. So hatte z. B. meines Erachtens Marx den Weltabsatzmarkt und seine Ausdehnungsfähigkeit zu sehr nach dem Auslandsmarkt Englands im sechsten und siebenten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts beurteilt. Seine Krisentheorie krankte meiner Meinung nach im wesentlichen daran, daß er von dem Charakter der damaligen Baumwollkrisen Englands ausgeht, während doch seitdem mehr und mehr die Eisenindustrie zur weitaus wichtigsten der Welt geworden war und diese Industrie, die nicht wie die Baumwollindustrie Waren für den direkten Verbrauch, sondern vor allem Produktionsmittel liefert, unter ganz anderen Bedingungen produziert wie die Baumwollindustrie. Ferner hatten noch Marx und Engels in dem industriellen Betrieb der großen Aktiengesellschaften die höchste Form der kapitalistischen Betriebsform gesehen, während nun in einzelnen

Industriezweigen die Vertrustungen und Syndizierungen immer größere Bedeutung gewannen usw.

Jeder Theoretiker, auch ein Marx, kann eben in seinen Schlußfolgerungen nur von ihm bekannten Erscheinungen, von seinen Erfahrungen ausgehen. Deshalb bleiben die noch nicht deutlich erkennbaren neuen Einschläge in die Entwickelung zunächst immer mehr oder minder unberücksichtigt. Ein Mangel der Theoretik, über den auch Engels, wie verschiedene seiner Aeußerungen beweisen, sich völlig klar war. So beklagt er z. B. in seiner schon erwähnten Einleitung zu den Marxschen „Klassenkämpfen in Frankreich", daß die am Anfang einer ökonomischen Entwickelungsperiode vorgefundene wirtschaftliche Lage meist „als für die ganze Periode gegeben und unveränderlich" behandelt wird oder doch nur solche Veränderungen dieser Lage berücksichtigt würden, „die aus den offen vorliegenden Ereignissen selbst entspringen und daher ebenfalls offen zutage liegen".

Von diesem Standpunkt aus konnte ich mich denn auch mit Bernsteins bald darauf erscheinenden Antizusammenbruchsartikeln durchaus nicht einverstanden erklären; denn er verfocht darin nicht nur die Ansicht, der Kapitalismus habe noch nicht abgewirtschaftet, er lehnte zugleich die Marxsche Auffassung des Entwickelungsganges, die sogenannte Zusammenbruchstheorie ab. Im dritten meiner Artikel gegen Bernstein („Neue Zeit", XVII, I, S. 424) habe ich unsere Differenzen damals folgendermaßen dargelegt:

„Wenn indes auch die kapitalistische Entwickelung entschieden viel weiter vorgeschritten ist, als sie nach Bernsteins Rechnung scheint, so läßt sich doch andererseits nicht bestreiten, daß sich die Akkumulation nicht entfernt in dem schnellen Tempo vollzogen hat, wie Marx und Engels Ende der vierziger Jahre annahmen und wie ersterer selbst noch zur Zeit der Veröffentlichung des ersten Bandes seines „Kapital" annehmen zu können glaubte. Der Grund des Nichtzutreffens der Diagnose liegt jedoch, wie der Rückblick über die bisher von der Entwickelung zurückgelegte Wegstrecke lehrt, nicht darin, daß er sich überhaupt in der Erkenntnis der Tendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems geirrt hat, sondern, daß er als Wirkungsfeld dieser Tendenzen auch für die Zukunft den damaligen Absatzmarkt mit den durch dessen Begrenztheit bedingten spezifischen Qualitäten unterstellte und sich demgemäß die weitere Entwickelung gewissermaßen nur als Verlängerung des sich vor seinen Augen abspielenden Prozesses dachte.

Der Fehler der Marxschen Prognose liegt in gewisser Hinsicht also in demselben Rückschlußverfahren begründet, durch welches auch Bernsteins entgegengesetzte Auffassung entstanden ist, nämlich darin, daß er die in einer bestimmten Phase des Entwickelungslaufs hervortretenden spezifischen Wirkungen der wirtschaftlichen Tendenzen (oder sagen wir meinetwegen Gesetze) verallgemeinert und *sie als sich gleichbleibend in allen Stadien auffaßt*. So nahmen Marx und Engels den damaligen „Weltmarkt" und den aus der Enge dieses Absatzgebietes sich ergebenden Gegensatz zwischen der rapide steigenden Produktivität und der Konsumtionsfähigkeit des Marktes als etwas Gegebenes hin, ohne zu untersuchen, ob nicht die Wirkung dieses Gegensatzes Modifikationen erleidet, wenn mit der Kapitalakkumulation und den Produktivkräften auch der Absatz sich ausdehnt und differenziert."

Was ich bei Marx als theoretischen Fehler fand, *die Betrachtung des Kommenden als einfache Verlängerung des Gegebenen*, das enthielt nach meiner Ansicht auch Bernsteins Darlegung, aber in starker Vergröberung. Die weitere Entwickelung galt ihm gewissermaßen als bloße gemächliche Fortsetzung der in den letzten Jahrzehnten zum Durchbruch gelangten Wirtschaftsgestaltung; mir erschien dagegen diese als etwas Temporäres, nur als ein besonderer geschichtlicher Abschnitt im Gesamtverlauf der kapitalistischen Entwickelung, der bald von einer neuen Entwickelungsperiode mit veränderten Charakterzügen abgelöst werden würde. So heißt es denn in meinem letzterwähnten Artikel Seite 425:

„Das Temporäre der heutigen wirtschaftlichen Lage, *und ganz besonders der noch in weiten Gebieten vorhandenen Monopolherrschaft Englands*, tritt so klar zutage, daß man schon fast absichtlich die Augen verschließen muß, um zu der Ansicht zu kommen, *die Entwickelung werde in Zukunft denselben Fortgang nehmen, den sie in den letzten 25 Jahren gehabt hat*."

Und ferner Seite 428:

„In diesem Mangel historischer Gesichtspunkte, *in dem bloßen Sichhalten an das Heute*, darin liegt der Grundfehler in Bernsteins Auffassung. Und ebenso ist darin die Ursache von dem realistisch-überlegenen Getue fast aller unserer bürgerlichen Sozialpolitiker zu suchen. Obgleich bisher alle wirtschaftliche Entwickelung gezeigt hat, daß in den einzelnen Entwickelungsphasen neben den allgemeinen Tendenzen stets noch spezielle Nebentendenzen hervortreten, denken sich diese Herren die weitere kapitalistische Entwickelung einfach als Verlängerung der Richtung, welche die Wirtschaftsbewegung seit ungefähr dreißig Jahren eingeschlagen hat."

III.

Ist der wirtschaftliche Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwickelungsphase?

Die Annexion Madagaskars durch die Franzosen und ihr immer weiteres Vordringen in Nordafrika, die Eroberung der Burenstaaten durch England, die Pachtung Kiautschous, der Kolonialkrieg der Vereinigten Staaten von Amerika mit Spanien, in dessen Verlauf die Union nicht nur Kuba und Portoriko, sondern auch die Philippinen und Guam (Marianen) einstrich, das immer ungestümere Drängen des erstarkten profitlüsternen Finanzkapitals nach neuen vorteilhaften Anlagemärkten zeigte bald deutlich genug, wohin die weitere Reise gehen sollte. Die neue finanzkapitalistische Aera, nach den jetzt stärker hervortretenden kolonialen Expansionsbestrebungen gewöhnlich als „imperialistische Periode" bezeichnet, hielt mit wüstem Kampfgeschrei ihren Einzug, und in ihrem Gefolge drohten weitere, noch gewaltigere Interessenkonflikte als bisher. Das Bestreben der Yankee-Bourgeoisie, im Stillen Ozean die Herrschaft der „Stars and Stripes" zu etablieren, muß dort notwendig früher oder später (in den Artikeln „Amerikanische Expansionspolitik in Ostasien", „Neue Zeit", XX, II. Bd., habe ich das näher ausgeführt) zu einem Zusammenstoß der Union mit Japan und England führen. Und die zunehmende Interessenrivalität zwischen Deutschland und England stellte, da Englands Bourgeoisie naturgemäß ihr Monopol aufrechtzuerhalten suchen werde, auch auf der östlichen Erdhälfte einen gewaltigen Aufeinanderprall beider Staaten in sichere Aussicht. Freilich, das muß ich offen gestehen, habe ich immer geglaubt, der Kampf würde sich um große imperialistische Ziele entspinnen, vielleicht um die Aufteilung der portugiesischen Kolonien und des belgischen Kongostaates in Afrika, vielleicht um die finanzielle Beherrschung Vorderasiens. Daß eine Serajewofrage den Anlaß zum Kriege bieten und dieser durch ein mehr als verworrenes Diplomatenspiel (aus gewissen Gründen möchte ich keinen schärferen Ausdruck gebrauchen) eingeleitet werden könnte, habe ich kaum für möglich gehalten und deshalb auch bis wenige Tage vor der Kriegserklärung nicht zu glauben vermocht, daß aus solchem Anlaß es wirklich zum Kriege kommen werde. Ein Kampf dieser Art erschien mir gewissermaßen zunächst als ein zweckloses Zwischenspiel im Werdenden, für das

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht durch Bewilligung der Kriegskredite irgendwelche Verantwortung übernehmen dürfe — bis ich dann alsbald immer deutlicher erkannte, daß Englands Bourgeoisie diesen Krieg als günstige Gelegenheit zu benutzen gedenkt, schon jetzt die große Abrechnung vorzunehmen, um die sie nach ihrer Ansicht später doch nicht herumkommen würde.

Doch das ist vorläufig Nebensache. Hier kommt vor allem die Frage in Betracht: „Wie wurde die neue imperialistische Entwickelungsperiode in unserer Partei theoretisch aufgefaßt?" Ich muß gestehen, fast nirgends habe ich die Darlegung gefunden: die neue imperialistische Entwickelungsphase ist ebenso eine aus den neuen inneren finanziellen Lebensbedingungen des Kapitalismus herausgewachsene Entwickelungsperiode, eine ebensolche notwendige Durchgangsstufe zum Sozialismus, wie die früheren Entwickelungsetappen, z. B. die Herausbildung der großen maschinellen Industrie. Sie ist nur ein vorgeschrittener, potenzierter Kapitalismus, in dem jetzt nicht mehr wie bisher das eigentliche Industriekapital, sondern das zur Macht gelangte Finanzkapital die erste Geige spielt. Ist aber der Imperialismus nichts Zufälliges, sondern eine notwendige Etappe auf dem zum Sozialismus führenden kapitalistischen Entwickelungswege, dann ist die Forderung: „Wir dürfen den Imperialismus nicht aufkommen lassen; wir müssen ihn entwurzeln!" genau solche Albernheit, wie wenn man in der Anfangszeit der maschinellen Großindustrie gesagt hätte: „Keine Maschine darf geduldet werden, zerstören wir sie und schreiben wir vor, daß fortan nur handwerksmäßig produziert werden darf!" —

So mancher lacht heute darüber, daß einst nicht wenige Arbeiter glaubten, durch Zerstörung der Maschinen oder durch Hinderung ihrer Einführung in bestimmte Arbeitszweige die Entwickelung der maschinellen Großindustrie aufhalten zu können, und daß in gleicher Weise beschränkte Handwerksmeister meinten, durch die Konservierung veralteter Zunftordnungen könnten sie dem Siegeszug der kapitalistischen Großproduktion wehren. Aber ist es nicht genau so lächerlich anzunehmen, man könne der imperialistischen Phase der kapitalistischen Entwickelung einfach den Weg versperren und ihr Aufkommen verhindern? Entweder ist diese Wirtschaftsphase eine in den inneren Lebensbedingungen und in der Kräftekonzentration des erstarkten Finanzkapitalismus

wurzelnde Erscheinung, die notwendigerweise überall dort hervortritt, wo der Kapitalismus eine gewisse Höhenstufe erreicht hat: eine geschichtliche Vorstufe der Verwirklichung des Sozialismus, die, indem sie die wichtigsten Produktionszweige immer mehr in die Hände großer Kapitalsvereinigungen bringt, die Produktionsleitung von dem Eigentum an den Produktionsmitteln trennt, technisch zusammengehörende Betriebe zum Zusammenarbeiten vereinigt und den Expropriationsprozeß beschleunigt und konzentriert, gewisse organisatorische Vorbedingungen der sozialistischen Wirtschaftsweise herstellt; oder aber sie ist nur eine aus bestimmten lokalen Umständen herausgewachsene Erscheinung, die lediglich eine lokal begrenzte, keine allgemeine entwickelungsgeschichtliche Bedeutung hat, vielleicht gar nur, wie einige französische Genossen, die immer nur von einem deutschen Imperialismus reden, anzunehmen scheinen, eine spezielle deutsche Entwickelungserscheinung. Ist das erste richtig, das heißt ist der wirtschaftliche Imperialismus eine entwickelungsgeschichtlich bedingte, notwendige Etappe des Entwickelungsganges, dann ist es absurd, ihn kurzweg „entwurzeln" und aus der kapitalistischen Entwickelungsreihe streichen zu wollen, hat er aber nur eine nebensächliche lokale Bedeutung — nun dann bleibt nicht nur sein Hervortreten in allen kapitalistisch vorgeschritteneren Staaten unerklärlich, dann ist es auch total unrichtig, wie jetzt so oft geschieht, die ganze neueste politische Staatengeschichte auf ihn zurückzuführen.

Daß hier ein Fehler in der Deduktion liegt, daß der Imperialismus, als wirtschaftliche Erscheinung begriffen, dann nicht einfach verhindert oder entwurzelt werden kann, wenn er eine wirtschaftsgeschichtlich bedingte Entwickelungsphase des Kapitalismus, eine sozialgeschichtliche Notwendigkeit ist — das haben denn auch selbst einzelne klügere Köpfe unter den Imperialismus-Vernichtern erkannt (die meisten sehen freilich diesen Widerspruch gar nicht). Aber, befangen in dem Dogma von der gründlichen Abwirtschaftung des Kapitalismus geben sie nicht ihre Illusionen auf, sondern erklären, eine wirtschaftsgeschichtliche Notwendigkeit sei eigentlich gar keine richtige oder keine volle historische Notwendigkeit, sondern nur eine halbe, vielleicht auch nur eine dreißig- oder zwanzigprozentige — und schließlich kommen sie dann gewöhnlich nach langem Recken und Dehnen der Begriffe zu der Schlußfolgerung, eine historische Not-

wendigkeit sei überhaupt keine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit.

Warum aber soll denn der Imperialismus, obgleich er in den zur vollen Entfaltung drängenden inneren Lebenskräften des Kapitalismus ökonomisch begründet ist, keine historische Notwendigkeit sein? Weil, nun weil man sich die Entwickelung, wie es heißt, doch auch anders denken könne, weil doch vielleicht der Kapitalismus auch auf anderem Wege ebenfalls zur Entfaltung seiner Kräfte kommen könne, als auf dem der kolonialen Expansion, die doch immer die Gefahr neuer Kriege heraufbeschwöre usw.

Und solche spekulative vormarxistische Betrachtungsweise nennt man dann obendrein noch streng marxistisch! Nicht nur für die marxistische, für jede auf wissenschaftlichem Boden fußende Gesellschaftslehre handelt es sich gar nicht um die Frage, was möglicherweise, vielleicht, unter anderen Umständen sein könnte, und ob man sich nicht auch die Entwickelung als in anderer Richtung verlaufend zu denken vermag, sondern einfach um das, was ist, das heißt, was sich aus den geschichtlich gegebenen Voraussetzungen ergibt und wirklich zur Existenz gelangt, also sich im Entwickelungslauf durchsetzt. Das, was eben in der Entwickelungsfolge Gestalt und Leben gewinnt, ist historisch notwendig. Ob der einzelne sich die Entwickelung anders zu denken vermag, ob sie ihm gefällt, ob sie seinen Moralanschauungen entspricht, ob sie kriegerische Gefahren heraufbeschwört, hat mit der historischen Bedingtheit und Notwendigkeit der Entwickelungsvorgänge nichts zu tun. Sicherlich haben auch schon zur Zeit der Feudalherrschaft, des Bauernkrieges, des Frühkapitalismus manche Köpfe angenommen, die zu ihrer Zeit herrschenden sozialen Zustände könnten ganz anders sein, und sie haben auch, wie sich aus so manchen Schriften jener Zeit nachweisen läßt, fest geglaubt, daß der ganze, sich vor ihren Augen abspielende Entwickelungsverlauf durchaus nicht historisch notwendig sei, sondern sich, wenn nur die Menschen etwas vernünftiger sein wollten, leicht ändern lasse. Doch die Entwickelung hat sich bisher wenig darum gequält, ob man sie für geschichtlich notwendig gehalten hat, und sie wird sich auch künftig wenig darum kümmern, ob manche oder viele sie sich ganz anders gedacht und daraus gefolgert haben, sie wäre eigentlich nicht historisch notwendig.

Jedenfalls hat die ganze Anti-Notwendigkeitsphilosophie dieser Art mit Marxismus nichts zu tun; sie bedeutet vielmehr einen Rückfall in die Ideologie der alten sozialistischen Utopisten, die auch die kapitalistischen Entwickelungsetappen ihrer Zeit, da sie sich die sozialen Verhältnisse viel schöner, viel besser und moralischer zu denken vermochten, einfach ausschalten zu können vermeinten, wenn nur — ja, wenn nur die Menschen zur Erkenntnis des Besseren kommen wollten.

Zudem steckt in dieser Argumentation auch noch meistens eine gründliche Verkennung des Wesens der neuen kapitalistischen Entwickelungsphase. Die Gewinnung von Kolonien, der Kapitalienexport, die Aufsuchung der Kolonialmärkte usw. sei doch, so heißt es gewöhnlich, gar nicht nötig zur Entwickelung der kapitalistischen Kräfte. Daraus ergibt sich, daß einfach die Expansionspolitik als identisch mit der neuen imperialistischen Wirtschaftsstufe betrachtet wird: eine Tatsache, die auch erklärt, weshalb meist die fernere Entwickelung des Imperialismus lediglich in einer weiteren Steigerung der Kolonialerwerbssucht, des Plantagenbaues, des Ausbaues der Kolonialeisenbahnen, kurz in einer Ausdehnung der Kolonialwirtschaft gefunden wird. Tatsächlich ist jedoch die koloniale Expansion wohl ein wichtiger Bestandteil der neuen Wirtschaftsära; aber durchaus nicht das Wesentlichste. Das Charakteristische der neuen Phase des Kapitalismus ist vielmehr, daß das Finanzkapital, nachdem es die Großindustrie und den Großhandel größtenteils von sich in Abhängigkeit gebracht hat, in den kapitalistisch vorgeschrittensten Ländern nach und nach zur Herrschaft gelangt oder, besser gesagt, zum maßgebenden Faktor des kapitalistischen Wirtschaftslebens geworden ist, und nun im steigenden Maße die Berücksichtigung seiner speziellen Interessen heischt. Das Drängen nach kolonialen Anlagemärkten und der Export von Kapitalien dorthin ist meiner Ansicht nach nur eine der verschiedenen Betätigungsarten des Finanzkapitals, die lediglich deshalb heute besonders hervortritt, weil sie zunächst in Anbetracht der europäisch-politischen Machtkonstellation und des gegenseitigen Kräfteverhältnisses die größten Chancen und die besten Aussichten auf hohen Profit bot. Es ist damit aber keineswegs ausgeschlossen, daß später nicht auch in gleicher Weise das Finanzkapital zu weiterer Angliederung fremder anliegender Grenzgebiete drängt — vornehmlich in Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika ist das mehr als wahrschein-

lich — und daß es ferner auch vom inneren Markt, z. B. durch Schaffung von Handels-, Industrie-, Finanzmonopolen, in steigendem Maße Besitz nimmt. Da zweifellos das Finanzkapital aus dem Krieg mit seinen enormen Geldansprüchen, den folgenden Kapitalszu- und -rückflüssen, den neuen Gründungen usw. gestärkt hervorgehen wird, so werden wir vielleicht schon in den nächsten Jahren einige Beispiele dieser Art erleben.

Doch mit der Bestreitung der geschichtlichen Notwendigkeit der imperialistischen Wirtschaftsperiode sind einzelne Theoretiker noch nicht zu Ende. An dem Imperialismus, so argumentieren sie, habe doch nur eine kleine Schicht der Kapitalsbesitzer ein wirkliches Interesse. Der Arbeiter nicht, der kleine Handwerker und Bauer nicht, auch manche Mittelschichten nicht, und diese Nichtinteressenten bildeten die große Mehrzahl — folglich sei der Imperialismus nicht existenzberechtigt. Er hätte keinen festen Grund und Boden unter den Füßen, und daher sei seine Ausbreitung auch leicht zu verhindern.

Wahrscheinlich ist nach der Ansicht der Betreffenden diese Argumentation, die kurzweg von der schönen Hypothese ausgeht, daß nur jene wirtschaftlichen Entwickelungsformen sich durchzusetzen vermögen, die von dem Willen respektive dem Interesse der Mehrheit getragen werden, ebenfalls streng marxistisch! Bisher dürften freilich doch wohl die meisten Marxisten angenommen haben, daß jene Wirtschaftsformen sich im geschichtlichen Werdegang durchsetzen, für die die historischen Vorbedingungen gegeben sind und hinter denen die größeren wirtschaftlichen Machtmittel stehen. Wurden denn tatsächlich die antike Sklavenwirtschaft, die römische Latifundien- und spätere Kolonenwirtschaft, das mittelalterliche Feudalsystem, das Zunftwesen, die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation in England, das heutige Trust- und Kartellwesen in der deutschen Schwereisenindustrie usw. von dem Interesse und dem Willen der Bevölkerungsmehrheit getragen? Diese einfache Frage genügt völlig, um darzutun, was es mit der Unterstellung auf sich hat, nur solche Entwickelungsformen setzten sich durch, die dem Interesse der Mehrheit entsprächen.

Ich möchte nur wissen, wie solche „marxistischen" Theoretiker den bekannten Marxschen Satz des Vorwortes zur „Kritik der politischen Oekonomie" verstehen: „In der ge-

sellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein."

Damit ist durchaus nicht gesagt, daß nun die Arbeiterklasse geduldig und widerstandslos die Herrschaft des Imperialismus ertragen soll. Das hat sie ja auch bisher nicht gegenüber den früheren kapitalistischen Entwickelungsphasen getan! Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwächst vielmehr die Aufgabe, die schädlichen Folgen des Imperialismus möglichst abzuwehren, hingegen jene wirtschaftlichen Neugestaltungen, aus denen sich etwas für die Arbeiter herausholen läßt, rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, ihre Organisationen auszubauen und, wenn es sein muß, den neuen Zwecken entsprechend umzubilden, kurz, die Arbeiterschaft möglichst wohlbehalten, körperlich wie geistig, durch die neue Entwickelungsperiode zu bringen. Und andererseits gilt es, der Arbeiterklasse immer stärkeren Einfluß auf die Staatsgewalt zu verschaffen oder, wie es gewöhnlich heißt, die politische Macht zu erobern und diese Macht dahin auszunutzen, daß nicht die Vorteile der wirtschaftlichen Entwickelung allein der Kapitalsoligarchie zugute kommen, sondern in steigendem Maße Staat und Arbeiterschaft einen Anteil daran erlangen, ferner, daß der Staat immer mehr die Kontrolle über die wichtigsten Zweige der Großproduktion und der Finanzwirtschaft gewinnt und, soweit dafür die Bedingungen gegeben sind, sie in staatliche Verwaltung nimmt.

Aber diese Politik, der Kapitalsoligarchie nicht das Feld zur Betätigung ihrer Profitgelüste zu überlassen, ist ganz etwas anderes, als das Gerede, der Imperialismus dürfe in keinem Fall Boden gewinnen, er könne nicht geduldet werden, müsse aufhören usw. Diese Redensart steht völlig auf derselben Stufe wie die Forderung, die Großindustrie, die Finanz, überhaupt der ganze Kapitalismus dürften niemals geduldet werden.

Doch wer im engeren Kreise so sprach, dem konnte es leicht passieren, daß man ihn als zweifelhaften Sozialisten, zum mindesten nicht als richtigen Marxisten betrachtete. Das Dogma, die kapitalistische Entwickelung sei längst reif für den Sozialismus (selbst in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Staaten Europas, die heute noch kaum so weit sind wie Deutschland vor 80 Jahren), verlangte eine andere Deduktion. Sie lautet kurz zusammengefaßt: „Die Entwickelung ist längst reif für den Sozialismus. Das weiß auch die Bour-

geoisie. Daher sucht sie nach einer Verlängerung ihres wirtschaftlichen Daseins. Diese Gnadenfrist bietet ihr nur allein noch der Imperialismus. Wird dessen Aufkommen verhindert, bricht die ganze kapitalistische Herrlichkeit sofort zusammen. Also auf zur „Entwurzelung" des Imperialismus!"

Das ist kein Scherz. Tatsächlich stößt man auf solche Deduktionen. Hier nur ein Beispiel aus Karl Radeks bekannter, vor drei Jahren erschienener Broschüre: „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse", keineswegs eine der schlechtesten Schriften dieser Art. Es heißt dort Seite 80:

„Die historische Entwickelung hat den Sozialismus schon lange aus dem Stern, der dem Wanderer aus weiter Ferne den Weg zeigte, zu einer Tatsache gemacht, für die die Gesellschaft ökonomisch reif ist. Der Grad der durch die technische Entwickelung erreichten Ausgiebigkeit der menschlichen Arbeit erlaubt in den kapitalistischen Staaten allen Menschen, ihre Bedürfnisse zu decken. Der hohe Grad der Vergesellschaftung der Arbeit, die hohe Konzentration der Industrie, ihre Beherrschung durch die Banken, erlauben die zentrale Leitung der Produktion. Die Frage des Sozialismus ist jetzt eine reine Machtfrage geworden. Hat die Arbeiterklasse dem Kapital die Macht entrissen, so gibt es für sie kein anderes Ziel, als die Verwirklichung des Sozialismus. Dieses aber bedeutet: die einzige gründliche Entwurzelung des Imperialismus drängt die Arbeiterklasse zum Kampfe um den Sozialismus, vor dem die imperialistische Politik die Bourgeoisie eben retten sollte."

Und selbstverständlich ist nach Radek auch die Arbeiterklasse längst reif für die „Entwurzelung" des Imperialismus, keine „nationalen" Instinkte ruhen mehr in ihres Herzens kleinster Falte, der Anti-Imperialismus füllt bereits ihr ganzes Streben aus:

„Jede neue Aktion, die die Kriegsgefahr heraufbeschwört, entfacht eine heftige Protestaktion des Proletariats der kapitalistisch entwickelten Länder. Kein Appell an die „nationalen" Instinkte hilft nunmehr gegen die mächtig anschwellende antiimperialistische Gesinnung der Volksmassen; denn unter dem nationalistischen Mäntelchen guckt immer deutlicher das kapitalistische Profitinteresse als Triebkraft der imperialistischen Aktionen hervor."

Daß ein „Theoretiker", der solche Illusionen im Kopfe hat und die kapitalistische Entwickelung mit solchem tiefen wirtschaftsgeschichtlichen Verständnis betrachtet, durch die seit

dem Juli vorigen Jahres eingetretenen Ereignisse zu der Meinung kommt, die deutsche Arbeiterklasse sei elend zusammengebrochen, da sie es doch so leicht gehabt hätte, anstatt ins Feld zu ziehen, schnell die politische Herrschaft zu erobern, ist ganz begreiflich.

Wie sollte nun aber der Imperialismus „entwurzelt“ und die Herrschaft des Sozialismus herbeigeführt werden? Durch den politischen Massenstreik. Da ja die kapitalistische Wirtschaft schon längst oberfaul und überreif ist, so bedarf es nach Ansicht der Theoretiker à la Radek nur eines kräftigen Anstoßes — und sie bricht krachend für immer zusammen. Also propagieren wir den Generalstreik! Einige Tage Stillstand des Eisenbahnbetriebes genügen — und alles purzelt, der Kapitalismus krepiert.

Um nicht etwa so etwas wie eine Legende aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß ich durchaus kein Gegner des Generalstreiks bin; im Gegenteil, ich bin der Ansicht, daß er wahrscheinlich in unseren zukünftigen Kämpfen eine große Rolle spielen wird; aber auf der heutigen Entwickelungsstufe durch ihn so über Nacht den Sozialismus zur Herrschaft bringen zu wollen, das erscheint mir allerdings als Kateridee, geradezu als eine Ironisierung des Marxschen Satzes: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“

Aus dieser Auffassung heraus, daß der Kapitalismus längst abgewirtschaftet hat, erklärt sich denn auch die Tatsache, daß bei Beginn des Krieges selbst manche klügeren Köpfe mit größter Sicherheit annahmen, in wenigen Wochen würde der große „Kladderadatsch“ da sein. Alle Banken, die gesamte Industrie, der ganze Großhandel brächen zusammen!

Illusionen über Illusionen!

IV.

Entwickelungstheoretisches.

Neben dem Dogma, die kapitalistische Wirtschaftsweise sei längst reif für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, nicht nur in den industriell

und kommerziell fortgeschrittensten Ländern Europas, sondern auch schon in Serbien, Rumänien usw., hat in den letzten Jahrzehnten vielleicht nichts mehr zur theoretischen Verwirrung beigetragen als das Bestreben, aus irgendwelchen sozialen Erscheinungen oft ganz nebensächlicher Art sofort sogenannte Entwickelungstendenzen abzuleiten: die Tendenzenentdeckungssucht, wie man sie nennen könnte. Man braucht nur die sozialistisch-theoretische Literatur über Trusts und Kartelle oder über den Imperialismus usw. nachzulesen und man stößt fast alle naselang auf die Konstatierung irgendwelcher Tendenzen.

Nun läßt sich sicherlich nichts dagegen einwenden, wenn ein Theoretiker nach der Marxschen analytischen Untersuchungsmethode aus dem Wesen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses die in diesem zum Durchbruch kommenden Tendenzen möglichst rein herauszuschälen sucht; aber von solcher Methode einer Anatomie der Erscheinungen ist gewöhnlich gar keine Rede. Es wird vielmehr rein empirisch-kombinatorisch verfahren, das heißt, die Erscheinungen werden einfach so, wie sie sich der oberflächlichen Beachtung darstellen, also ohne jede eindringende Analyse, als gegebene Tatsachen betrachtet und dann daraufhin, daß sie zeitlich aufeinanderfolgten oder gleichzeitig nebeneinander auftraten, ohne weiteres geschlossen, daß sie in einem Kausalnexus zueinander stehen, die eine die Wirkung der anderen ist.

Meist geschieht die Konstruktion der Tendenzen in folgender Weise: Seit der Entstehung der Industriekartelle hat der Fleischkonsum zugenommen, folglich hat die Kartellierung die Tendenz einer Steigerung des Fleischgenusses, oder: seit dem Auftreten des Imperialismus stockt die Sozialpolitik in Deutschland, folglich hat der Imperialismus die Tendenz einer Verhinderung sozialpolitischer Reformen usw.

Man sage nicht, das seien Uebertreibungen. In verschiedenen jüngst erschienenen ausländischen Kritiken über das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten sind mir derartige Schlußfolgerungen in reicher Fülle aufgefallen; aber ich möchte unter den jetzigen Verhältnissen kein Oel ins Feuer gießen. Nehmen wir also ein beliebiges Beispiel aus der schon erwähnten Schrift Radeks. Dort heißt es Seite 71:

„Der Imperialismus verschlechtert die Lage der Arbeiterklasse, indem er das Einkommen der Arbeiter mit immer wachsenden Steuern für den Staat, die Junker und die Schlotbarone belastet. Er schafft der Arbeiterklasse keine Gelegenheit für bessere,

lohnendere Arbeit. Das allein würde schon genügen, um in dem Imperialismus eine Kraft zu sehen, die den Aufstieg der Arbeiterklasse hemmt und alle ihre Bemühungen nach Erringung einer höheren Lebenslage lahmzulegen sucht. Aber damit erschöpft sich keineswegs die niederdrückende Wirkung des Imperialismus auf die Lage der Arbeiterklasse. Er verstopft auch die Quellen der Sozialreform, des staatlichen Schutzes der Arbeitskraft vor der Raubwirtschaft des Kapitals."

Radek nimmt dann auf die Thronrede vom 5. Dezember 1894 und auf einen Artikel Professor Franckes in der „Sozialen Praxis" Bezug und fährt fort:

„Diese guten Leute und schlechten Musikanten bemerkten nur nicht, daß die Flottenvorlage von der Zuchthausvorlage begleitet wurde. Und seitdem Deutschland mit Volldampf den imperialistischen Kurs steuert, seitdem es seine Rüstungen von Jahr zu Jahr steigert, ist im Deutschen Reichstage kein einziges Gesetz angenommen worden, daß imstande gewesen ist, die Lage einer breiteren Schicht des Proletariats wirklich zu heben. Auch für einen Blinden ist es klar, daß zwischen den beiden Tatsachen, dem gänzlichen Versagen der Sozialreform und dem ununterbrochenen Rüsten ein Zusammenhang besteht."

Das ist angeblich marxistisch, tatsächlich ist es weit mehr botokudisch; denn in dieser Weise ziehen die Naturvölker ihre Schlüsse. Mit der gleichen Logik könnte Radek auch schließen: seit Tirpitz Marineminister ist oder seit der Schnapsblock existiert stockt alle Sozialreform, folglich besteht zwischen Tirpitz und der Sozialreform oder zwischen dem Schnapsblock und der Sozialreform ein kausaler Zusammenhang usw.

Ich will damit keineswegs bestreiten, daß nicht doch vielleicht in dieser oder jener Hinsicht ein Zusammenhang zwischen Imperialismus und Sozialreform besteht oder bestehen kann, aber aus der Gleichzeitigkeit zweier Erscheinungen ergibt sich keineswegs ohne weiteres ein Kausalnexus. Die ganze Folgerungsweise Radeks hat mit der marxistischen Methode nicht das geringste zu tun.

Aber gewöhnlich begnügt man sich nicht mit der Entdeckung von allerlei Tendenzen; die Tendenzkonstruktion ist vielmehr nur Mittel zum Zweck. Hat man nämlich die gewünschte Tendenz gefunden, so heißt es weiter: aus dieser Tendenz ergibt sich, daß also die Entwickelung in nächster Zeit diese oder jene Richtung nehmen wird — zum

Beispiel: da die Kartellierung der Industrie die Tendenz hat, die über die Nachfrage hinausgehende Ueberproduktion von Waren zu beseitigen, so folgt daraus, daß es künftig keine Absatzkrisen mehr geben wird.

Aus der Annahme, daß eine bestimmte Tendenz existiert, wird einfach weiter gefolgert, daß sie sich auch im gesellschaftlichen Leben ohne weiteres durchsetzt. Die Tatsache, daß es im gesellschaftlichen Leben doch nicht nur eine einzige Tendenz gibt, sondern sehr viele, und der soziale Entwickelungsprozeß das Resultat des Zusammen- und Gegeneinanderwirkens aller dieser verschiedenen Tendenzen ist, wird ganz vergessen. Meist wird so getan, als ob jede Tendenz ihre eigene von den anderen abgetrennte Wirkungssphäre hätte, worin sie ganz ungehindert zur Geltung kommt, so daß die Konstatierung einer Tendenz auch schon die sichere Garantie dafür bietet, daß diese Tendenz sich durchsetzt, während doch tatsächlich sich die Tendenzen oft gegenseitig stärken, hemmen, beschränken, vielleicht auch aufheben. Selbst wenn eine Tendenz richtig abgeleitet und ihre Wirksamkeit in einer bestimmten Entwickelungsperiode nachgewiesen ist, so ist damit noch durchaus nicht dargetan, daß sie auch in der nächsten Entwickelungsperiode in gleicher Weise wirken oder daß sie überhaupt zur Geltung kommen wird. Ihre Wirkung kann durch andere Tendenzen ganz aufgehoben werden!

Wenn also selbst ganz richtig konstatiert wird: es gibt eine Verelendungstendenz der kapitalistischen Produktionsweise, eine antidemokratische Tendenz des Imperialismus usw., so ist damit noch durchaus nicht erwiesen, daß diese Tendenzen in allen Ländern und zu aller Zeit ganz oder auch nur teilweise zur Geltung kommen müssen. Wenn z. B. auch die Grundrente in einem Lande die Tendenz hat zu sinken, so kann sie doch tatsächlich infolge zollpolitischer Maßnahmen, staatlicher Landankäufe, günstiger Exportverhältnisse zeitweilig steigen. Und ebenso kann trotz aller Verelendungstendenzen sich infolge der Gegenmaßnahmen gewerkschaftlicher Verbände, staatlicher Arbeiterschutz- und Arbeiterfürsorgegesetze, eines raschen die Nachfrage nach Arbeitskräften steigernden industriellen Aufschwungs usw. die Lage der Arbeiter wesentlich bessern.

Auch Marx habe aber doch, wird man vielleicht einwenden, mit „Tendenzen“ gearbeitet. Das ist richtig; aber nie



ist es ihm eingefallen, auf Grund der bloßen Aufeinanderfolge oder gar des bloßen Nebeneinanderauftretens zweier oder mehrerer Erscheinungen kurzweg einen Kausalzusammenhang zwischen diesen Erscheinungen zu konstruieren. Er geht vielmehr von der Ansicht aus, daß der Schein trügt. Deshalb muß jede wirtschaftliche Erscheinung auf ihre eigentliche Wesenheit untersucht, das heißt wissenschaftlich analysiert werden: ein Verfahren, das Marx in der ersten Vorrede zum ersten Band seines „Kapital" mit der mikrologischen Anatomie vergleicht.

Und die Tendenzen bezw. Gesetze, die Marx auf diese Weise gewinnt, gelten ihm nun keineswegs als Faktoren, die sich unbeschränkt im Wirtschaftsleben durchsetzen und dessen Richtung bestimmen. Er spricht wohl von „reinen" und „absoluten" Gesetzen, aber unter diesem Wort „absolut" versteht er nicht unbeschränkt, oder stets gültig, sondern im Sinne Hegels ein den mannigfaltig wechselnden Erscheinungen einer bestimmten Art zugrunde liegendes letztes, abstraktes Bewegungsprinzip. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß Marx, nachdem er ausführlich im 23. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital" das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation entwickelt hat, um Mißverständnisse zu vermeiden, hinzufügt: „Das ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört."

Also das Akkumulationsgesetz wie auch die anderen ökonomischen Gesetze kommen im wirtschaftlichen Leben nicht rein zur Geltung, sondern ihre Wirkung wird „modifiziert".

Vielleicht könnte man sich mit dieser Sucht, Tendenzen zu konstruieren, abfinden, wenn nicht meist ihre Entdeckung die Konstrukteure dazu verleiten würde, sich nun die ganze soziale Entwickelung als ausschließlich durch diese ihre Tendenzen bestimmt vorzustellen und alle Gegentendenzen unbeachtet zu lassen, so daß notwendig ein ganz verkehrtes Bild der Entwickelung zustande kommt.

V.

Klassengefühl und Nationalgefühl.

Zu welchen Vorstellungen solche Einseitigkeit führt, zeigt deutlich das durch den Kriegsausbruch hervorgerufene Gerede über Klassengefühl und Nationalgefühl.

Es ist nach meiner Ansicht eine große Leistung von Marx, daß er von Hegel ausgehend den Begriff der Gesellschaft vom Begriff des Staates schied und sie in ihrer gegensätzlichen Bedeutung klarlegte (schon in den Artikeln über die „Judenfrage" tritt diese Unterscheidung scharf, wenn auch noch hegelianisch verbrämt, hervor), und vielleicht noch bedeutsamer ist die Einführung des Begriffs der Klasse in die Gesellschaftslehre: eine Leistung, so wichtig, daß sie selbst heute noch nicht in ihrer Tragweite genügend gewürdigt wird und ihre Bedeutung wohl erst dann ganz verstanden wird, wenn wir einst zu einer marxistischen Soziologie kommen. Wir brauchen uns nur den Stand der Gesellschaftslehre gegen Ende des 18. Jahrhunderts, z. B. bei Rousseau und Kant, anzusehen, und wir finden sofort, welche gewaltigen Fortschritte die Marxsche Unterscheidung bringt. Staat und Gesellschaft galten noch als dasselbe, höchstens wurde der Staat als eine besondere höhere Form der Gesellschaft aufgefaßt. Demnach wurde denn auch nur ein Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft oder, da meist die Gesellschaft wieder in weiterer Verflachung des Begriffes als „Allgemeinheit" aufgefaßt wurde, zwischen Einzelwesen und Allgemeinheit, zwischen Einzelwillen und Gemeinwillen anerkannt und aus diesem Gegensatz die ganze Ethik und die ganze Erklärung der innerstaatlichen Kämpfe abgeleitet. Wenn sich einzelne Gruppen im Staat gegen andere Gruppen oder gegen staatliche Maßnahmen auflehnen, so nur deshalb, weil noch immer trotz des sogen. „Gesellschaftsvertrages" die egoistischen die gemeinnützigen bezw. die antisozialen die sozialen Triebe bekämpfen und die Menschen sich sogar durch ihren Eigennutz verleiten lassen, Parteien zu bilden (vergleiche Rousseaus „Gesellschaftsvertrag", II. Buch, 3. Kapitel), wodurch die nötige Einmütigkeit, das Regiment des allgemeinen Willens vollends gestört wird. Und diese sogenannten Triebe wieder wurden ihrem Ursprung nach nicht als aus dem Gesellschaftsleben selbst herausgewachsen, als gesellschaftliche Produkte aufgefaßt, sondern als begründet in der Naturanlage der einzelnen, als in der Menschennatur liegende Triebe, so daß

damals das, was wir in Nachfolge von Marx heute Klassenkampf nennen, meist einfach als Widerspruch der verschiedenen Naturtriebe betrachtet wurde: eine Auffassung, die ganz natürlicherweise zu der Folgerung führte, die Grundforderung aller Moral bestehe darin, die eigennützigen Triebe zu unterdrücken und so zu handeln, daß das Allgemeininteresse zur Geltung komme.

Dadurch, daß Marx zwischen Gesellschaft und Staat als besonderen, auf durchaus verschiedenen Grundlagen ruhenden Gebilden unterschied und ferner zwischen Individuum und Gesellschaft die Klasse, zwischen Individual- und Gesellschaftsinteresse das Klasseninteresse einschob, hat er der ganzen früheren Gesellschaftslehre neue Bahnen gewiesen — mögen das auch so manche Marxisten noch immer nicht begriffen haben und nach alter Methode Staat und Gesellschaft zusammenwerfen, zwischen sozialen und staatlichen Gesetzen nicht unterscheiden und in der Klasse, die nach Marx eine aus dem wirtschaftlichen Lebensprozeß herausgewachsene besondere soziale Schicht darstellt, deren Verhältnis zu den anderen Klassen durch ihre gegenseitige Stellung im Gesamtwirtschaftsmechanismus bestimmt wird, nichts anderes sehen als so eine Art Vermögens- oder Einkommensklasse.

Aber merkwürdig, während man bei so manchen Theoretikern über alle diese Dinge die sonderbarsten Vorstellungen vorfindet, sind sie sich doch darüber einig, daß der Arbeiter, der Sozialdemokrat sein will, nur Klassengefühl und Klasseninteresse haben darf, nur die Klasse für ihn existieren darf, *gerade als ob er nur in der Klasse lebte, nicht auch in der Gesellschaft, in einer Nation, einem Staat usw., und als ob diese Gesellschafts- bezw. Gemeinschaftsgebilde nicht eine ebensolche sozialgeschichtliche Realität besäßen wie die Klasse.* Gibt es denn nicht neben dem Klasseninteresse oder dem Klassengefühl auch so etwas wie ein Nationalgefühl, ein Staatsgemeinschafts-, ein Volksgemeinschaftsgefühl usw.?

Und diese verschiedenen Gefühle haben ebenfalls nicht ihren bestimmten abgegrenzten Rayon, sondern ergänzen, lähmen, durchkreuzen einander mannigfach. Gewiß können und werden auf verschiedenen Entwicklungsstufen und innerhalb der verschiedenen Klassen diese Gefühle dem Grade nach verschieden sein, wie sie ja auch nichts Naturgegebenes sind, sondern etwas historisch Gewordenes, sich im Laufe der Entwicke-

lung Veränderndes. Daraus erwächst der Gesellschaftslehre die Aufgabe zu untersuchen, wie und unter welchen Bedingungen sie geworden sind, welche sozialgeschichtliche Bedeutung sie auf den verschiedenen Entwicklungsstufen haben usw. Aber die Behauptung, das Klassengefühl schlösse ohne weiteres das Nationalgefühl aus, ein richtiger Sozialdemokrat dürfe deshalb kein Nationalgefühl haben, das ist, soziologisch betrachtet, ein horrender Unsinn.

Freilich nur ein Teil der Theoretiker betrachtet das Nationalgefühl als total unvereinbar mit dem Klassengefühl; ein anderer Teil ist der Ansicht, nicht nur das Nationalgefühl, sondern auch die auf Vereinigung zu einem selbständigen Nationalstaat gerichteten nationalistischen Bestrebungen seien durchaus berechtigt, *wenn sie von Mitgliedern einer sogen. unterdrückten Nation ausgingen.* So findet man es z. B. vielfach ganz berechtigt, wenn die Rumänen Bessarabiens nach einer Vereinigung mit dem rumänischen Königreich streben und dabei von ihren sogen. „Brüdern" jenseits der Grenze unterstützt werden, ebenso, wenn Bulgarien sich die bulgarischen Teile Südserbiens anzugliedern sucht, nicht aber, wenn Frankreich nach einer Angliederung wallonisch-französischer Gebiete Belgiens trachten würde, und zwar auch dann nicht, wenn ein Teil der Wallonen die Annektierungsgelüste unterstützen sollte. Noch weniger aber würde wahrscheinlich ein Teil der Rechtskonstrukteure dieses Schlages es für berechtigt finden, wenn z. B. die Vlämen die durch den jetzigen Völkerkrieg geschaffene Lage benutzten, einen nationalen Vlämenstaat zu errichten. Für höher entwickelte Kulturvölker gilt nämlich nach gewisser Ansicht das sogen. Recht der nationalen Selbständigkeit nicht. Wohl darf die Arbeiterschaft eines Landes wie Bulgarien, Serbien, Albanien, Armenien usw. nationale bezw. nationalistische Bestrebungen unterstützen; *die Arbeiterschaft eines vorgeschrittenen Kulturstaates dagegen nicht.* Eine höchst seltsame Theorie, die tatsächlich darauf hinausläuft: *solange eine Nation noch ohne größere geschichtliche und kulturelle Bedeutung für die Gesamtkulturentwickelung ist, haben die nationalistischen Bestrebungen ihre Berechtigung, ist sie aber zu einem Kulturstaat geworden, wie z. B. das Deutsche Reich, dann hört diese Berechtigung auf.*

Neuerdings hat man sogar ein natürliches „Recht" (vielleicht wird nächstens sogar nach alter Schablone ein unveräußerliches heiliges Naturrecht daraus) jeder Nation auf Errichtung eines Nationalstaates konstruiert, während andere in dem Streben einzelner südosteuropäischer und asiatischer Völker nach nationaler Selbständigkeit eine allgemeine Tendenz zur Herausbildung einheitlicher Nationalstaaten entdeckten. Auch in der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August heißt es, „daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit" habe — ein Satz, der uns gar nicht wundern kann, da selbstverständlich auch die Reichstagsfraktion nicht von der in unseren Reihen herrschenden Ideologie unberührt bleibt.

Auch das soll marxistisch sein, obgleich es der Marxschen Methode direkt widerspricht, einfach aus frei konstruierten, unterstellten Rechts- oder Moralsätzen die Berechtigung irgendwelcher politischen Bestrebungen herzuleiten. Für Marx von seinem entwickelungshistorischen Standpunkt aus gilt nur ein historisch bedingtes, sich aus den geschichtlichen Entwickelungstatsachen selbst ergebendes und mit diesen übereinstimmendes Recht. Und von diesem Gesichtspunkt aus sind die nationalen Bestrebungen der verschiedenen Völker mitsamt dem von mancher Seite gepriesenen, von anderer Seite verdammten Nationalgefühl weder etwas in den sogenannten unergründlichen Tiefen der Volksseele, noch in irgendwelchen mystischen Rechten der Nation Begründetes, sondern sie sind einfach geschichtliche Erzeugnisse — Resultate der historischen Entwickelung, die mit dieser entstehen und vergehen und deren sogenannte „Berechtigung" deshalb auch nicht an irgendwelchen unterstellten Rechten gemessen werden kann, sondern nur daran, wieweit sie historisch begründet sind und inwieweit sie auf dem Wege des weiteren menschheitlichen Fortschrittes liegen. So ist denn auch für Marx und Engels das Nationalgefühl nichts Verdammenswertes, sondern einfach etwas mit der Herausbildung der großen Nationalstaaten geschichtlich Gewordenes, das als solches seine geschichtliche Berechtigung hat. Wie denn auch Engels in seiner Abhandlung über „Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches", „Neue Zeit" XIV, I, Seite 679, sagt:

„Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung

des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerläßliche Vorbedingung zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann. Um den internationalen Frieden zu sichern, müssen vorerst alle vermeidlichen nationalen Reibungen beseitigt, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein. Mit der Entwickelung des Handels, des Ackerbaues, der Industrie und damit der sozialen Machtstellung der Bourgeoisie hob sich also überall das Nationalgefühl, verlangten die zersplitterten und unterdrückten Nationen Einheit und Selbständigkeit."

Betrachten wir das angebliche „Recht der Nationen auf Selbständigkeit" etwas näher. Das 18. Jahrhundert weiß noch nichts von diesem Recht. Der Begriff Nation selbst ist noch sehr schwankend. Im allgemeinen verstand man darunter eine Volksgenossenschaft, soweit diese zu einer Staatsgemeinschaft vereinigt war, das heißt einen Staat unter einheitlicher Leitung bildete, oder, wie es gewöhnlich in der englischen sozialtheoretischen Literatur jener Zeit heißt, eine im Staate vereinigte „civil society" (bürgerliche Gesellschaft) unter einem „civil government" (einer bürgerlichen Regierung). Auch heute noch wird bekanntlich im Englischen das Wort in diesem Sinne gebraucht, während unser heutiger deutscher Begriff der Nation, die Nation als eine durch gleiche Sprache, Sitte, Charakter, gleiche geschichtliche Erlebnisse und Ueberlieferungen in ihrer besonderen Wesenheit bestimmte Kulturgemeinschaft aufgefaßt, meist im Englischen mit dem Worte „People" (Volk) bezeichnet wird.

Auch in Deutschland finden wir im 18. Jahrhundert das Wort Nation noch in einem dem englischen ähnlichen Sinne gebraucht. So definiert z. B. Kant im zweiten Teil seiner „Anthropologie" die Nation noch folgendermaßen:

„Unter dem Wort Volk (populus) versteht man die in einem Landstrich vereinigte Menge Menschen, insofern sie ein Ganzes ausmacht. Diejenige Menge oder auch ein Teil derselben, welcher sich durch gemeinsame Abstammung für vereinigt zu einem bürgerlichen Ganzen erkennt, heißt Nation (gens); der sich von diesen Gesetzen ausnimmt (die wilde Menge in diesem Volk), heißt Pöbel (vulgus), dessen gesetzwidrige Vereinigung das Rottieren (agere per turbas) ist; ein Verhalten, welches ihn von der Qualität eines Staatsbürgers ausschließt."

Die Nation ist also die Menge, die zu einem „bürgerlichen Ganzen" (einer civil society) vereinigt ist (das heißt zu einer Staatsgemeinschaft) und deren Gesetze befolgt.

Dementsprechend werden unter den Ausdrücken „nationale Zwecke" und „nationale Bestrebungen" auch Zwecke und Bestrebungen der Staatswohlfahrt, der Staatsverteidigung, der Wahrung der staatlichen Selbständigkeit verstanden. So sagt zum Beispiel Adam Ferguson, wohl der bedeutendste Soziologe Englands im 18. Jahrhundert, in seiner „History of civil society", III. Teil, 3. Kapitel, über die Durchführung der nationalen Zwecke:

„Die zur Erreichung der meisten nationalen Zwecke erforderlichen Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und müssen deshalb zusammen verfolgt werden; oft sind sie sogar einerlei. Die Macht, die zur Verteidigung auswärtiger Feinde vorbereitet wird, kann ebenso gut verwendet werden, um im eigenen Lande die Ruhe aufrechtzuerhalten. Die Gesetze, die zur Sicherung der Rechte und Freiheiten des Volkes gegeben sind, können als Aufmunterung zur Bevölkerungsvermehrung und zum Handel dienen. Und jedes Gemeinwesen ist in jedem Falle verpflichtet, ohne Rücksicht darauf, wie scharfsinnige Männer seine Zwecke abteilen oder unterscheiden mögen, diejenige Form anzunehmen oder zu erhalten, die am besten geeignet ist, seine Vorteile zu bewahren oder Unglücksfälle zu verhüten."

Und im V. Teil, 2. Kapitel, heißt es:

„Die öffentliche Sicherheit und die betreffenden Staatsinteressen, politische Einrichtungen, Parteiansprüche, Handel und Gewerbe sind Gegenstände, welche die Aufmerksamkeit der Nationen auf sich ziehen. Die Fortschritte, die in einigen dieser Einzelheiten gemacht werden, bestimmen den Grad der nationalen Wohlfahrt. Der Eifer und die Kraft, mit denen sie zu jeder bestimmten Zeit betrieben werden, sind der Maßstab des nationalen Geistes."

Nationale Zwecke und Staatszwecke, nationale Wohlfahrt und Staatswohlfahrt, nationale Verteidigung und Staatsverteidigung sind zunächst dem Begriff nach noch dasselbe. Von einem Recht auf nationale Selbständigkeit in unserem heutigen Sinne, das heißt von einem Recht eines besonderen gleichartigen Teils eines Staatswesens, sich friedlich oder durch Gewalt aus dem Staatsganzen herauszulösen und selbst einen unabhängigen Staat zu bilden, ist nirgends die Rede. Ein solches Bestreben wäre nach den Begriffen jener Zeit eben einfach staatsfeindlich, ein Verstoß gegen die staatliche und damit zugleich gegen die nationale Wohlfahrt gewesen.

Die Proklamierung des Rechts auf nationale Selbständigkeit stellte sich erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein, als Europa mehr und mehr vom Kapitalismus erfaßt wurde. Nun sahen sich die Angehörigen der kleinen abhängigen, größtenteils noch rein agrarischen Nationen fast überall in ihrem Fortkommen, besonders in ihrer Anteilnahme an der Erhöhung des Lebensniveaus, von den vorgeschritteneren, bereits zu größeren wirtschaftlichen Machtmitteln gelangten Nationen benachteiligt, vor allem wenn sie mit diesen zu einer Staatsgemeinschaft vereinigt waren und die größere, reichere Nation die Staatsgewalt in Händen hatte. Die kleinere agrarische Nation erhielt nun von der größeren kapitalistisch vorgeschrittenen die nötigen Industriewaren, Geldkredite usw. und lieferte dafür dieser Agrarprodukte. Dabei aber stand dem einheimischen bäuerlichen Produzenten fast überall seine außerhalb der Landesgrenzen wenig bekannte Sprache, seine Unkenntnis der fremden Handelsusancen, seine kaufmännische Unerfahrenheit im Wege. Die Folge war, daß sich meist Angehörige der herrschenden Nation des Warenaufkaufs und -Vertriebs, des Zwischenhandels, der Verfrachtung usw. bemächtigten.

Noch schlechter stellte sich das Verhältnis für die Intellektuellen. Der Rechtsanwalt mußte vielleicht in einer fremden Sprache plädieren, mußte mit ansehen, wie die höheren Richterstellen mit Angehörigen der herrschenden Nation besetzt, ihm der Weg zu besseren Posten abgeschnitten und seine Klienten von den fremden Richtern oft voreingenommen behandelt wurden. Der Beamte, der Lehrer fand, daß Angehörige der herrschenden Nation bei der Stellenbesetzung bevorzugt, durch Spracherlasse die einheimische Sprache zurückgedrängt, bei der Vornahme von Wege-, Brücken-, Eisenbahnbauten ihr Land vernachlässigt wurde. Der Schriftsteller sah sich ebenfalls überall in seinem Wirken, im Absatz seiner Geistesprodukte eingeengt, da der Kreis, für den er in seiner Sprache schrieb, von vornherein nur klein und überdies infolge seiner Armut wenig kaufkräftig war. Kurz, die beherrschte Nation sah sich überall von der herrschenden ausgebeutet und in ihren Lebensinteressen vernachlässigt. Hatte sie denn aber nicht ebensogut ein Recht auf Entfaltung, auf freie Bewegung, auf die Ausnutzung ihrer Kräfte?

So entstanden die sogenannten nationalen Bewegungen — zunächst in den Kreisen der Intellektuellen, wie denn auch heute noch in Ländern wie Aegypten, Persien, Indien die An-

hänger des sogenannten Nationalismus fast ausschließlich Intellektuelle sind. Aber die Intellektuellen können allein nichts ausrichten. Wollen sie etwas erreichen, müssen sie ihre Bewegung zu einer Volksbewegung machen, und zu diesem Zweck müssen sie volkstümliche, demokratische Forderungen erheben, also der Bewegung, mag sie auch im Grunde genommen reaktionär sein, einen demokratischen, vielleicht sogar einen halbsozialistischen Gehalt geben.

In solchen kleinbürgerlich-demokratischen, oft nur pseudodemokratischen Kreisen ist das „Recht der Nationen auf staatliche Selbständigkeit" entstanden und dann, wie so manches andere Stück kleinbürgerlicher Ideologie, auch in die Theorie der deutschen Sozialdemokratie übergegangen.

„Aber", so wird vielleicht mancher Parteigenosse fragen, „warum sollen wir denn nicht auch von der kleinbürgerlichen nationalen Demokratie Anschauungen übernehmen?" Nun, weil dieses sogenannte „Recht" gar nicht zur geschichtlichen Entwickelung stimmt, deren Verlauf uns, wenn man nicht nur das beschränkte Gebiet des südöstlichen Europa und dieses nicht bloß während der letzten Jahrzehnte betrachtet, nichts von einem nationalen Differenzierungs-, sondern von einem großen Amalgamierungsprozeß meldet, von einer fortgesetzten Verschmelzung der kleinen Nationalitäten zu großen Kulturstaaten. Zweitens, weil die betreffende Rechtsforderung in der Allgemeinheit, in der sie auftritt, nämlich als Recht jedes Volkes, ganz gleich wie dieses Volk beschaffen ist, durchaus reaktionär ist, denn sie besagt in dieser Form, daß auch unlebensfähige, mehr oder weniger geschichts- und kulturlose Nationen ein Recht auf nationale Selbständigkeit haben — selbst wenn diese ihre Selbständigkeit nicht im Interesse der weiteren kulturellen Entwickelung liegt, sondern als Hemmnis wirken muß.

Deshalb hat auch Marx dieses sogenannte nationale Recht niemals anerkannt, sondern als „reaktionär" verspottet.

Als in den Jahren 1847/48 die slawischen Volksstämme Südeuropas ihre nationale Selbständigkeit verlangten und dieser sogenannte „demokratische Panslawismus" durch Michael Bakunin unter der üblichen Berufung auf „Gerechtigkeit, Freiheit, Menschlichkeit" usw. einen „Aufruf an die Slawen" erließ, schrieb Marx in der „Neuen Rhein. Zeitung" (unterm 14. Februar 1849):

„Gerechtigkeit", „Menschlichkeit", „Freiheit", „Gleichheit", „Brüderlichkeit", „Unabhängigkeit" — bis jetzt haben wir weiter nichts in dem panslawistischen Manifest gefunden, als diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die zwar sehr schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen durchaus nichts beweisen. Die „Gerechtigkeit", die „Menschlichkeit", die „Freiheit" usw. mögen tausendmal dies oder jenes verlangen; ist die Sache aber unmöglich, so geschieht sie nicht und bleibt trotz alledem ein „leeres Traumgebilde"....

Nur ein Wort über die „allgemeine Völkerverbrüderung" und Ziehung von „Grenzen, welche der souveräne Wille der Völker selbst auf Grund ihrer nationalen Eigenheiten vorzeichnet". Die Vereinigten Staaten und Mexiko sind zwei Republiken; in beiden ist das Volk souverän. Wie kommt es, daß zwischen diesen beiden Republiken, die der moralischen Theorie gemäß „verbrüdert" und „föderiert" sein müßten, wegen Texas ein Krieg ausbrach, daß der „souveräne Wille" des amerikanischen Volkes, gestützt auf die Tapferkeit der amerikanischen Freiwilligen, die von der Natur gezogenen Grenzen aus „geographischen, kommerziellen und strategischen Notwendigkeiten" um einige hundert Meilen weiter südlich verlegte? Und wird Bakunin den Amerikanern einen „Eroberungskrieg" zum Vorwurf machen, der zwar seiner auf die „Gerechtigkeit und Menschlichkeit" gestützten Theorie einen argen Stoß gibt, der aber doch einzig und allein im Interesse der Zivilisation geführt wurde? Oder ist es etwa ein Unglück, daß das herrliche Kalifornien den faulen Mexikanern entrissen ist, die nichts damit zu machen wußten? Daß die energischen Yankees durch die rasche Ausbeutung der dortigen Goldminen die Zirkulationsmittel vermehren, an der gelegensten Küste des Stillen Meeres in wenig Jahren eine dichte Bevölkerung und einen ausgedehnten Handel konzentrieren, große Städte schaffen, Dampfschiffsverbindungen eröffnen, eine Eisenbahn von New York bis San Franzisko anlegen, den Stillen Ozean erst eigentlich der Zivilisation eröffnen und zum drittenmal in der Geschichte dem Welthandel eine neue Richtung geben werden? Die „Unabhängigkeit" einiger spanischer Kalifornier und Texaner mag darunter leiden, die „Gerechtigkeit" und andere moralische Grundsätze mögen hier und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtlichen Tatsachen?"

Und in einem Artikel über panslawistische Bestrebungen in „Ungarn" heißt es:

„Es ist kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Ueberbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der geschicht-

lichen Entwickelung wurde. Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist. So in Schottland die Gälen, die Stützen der Stuarts von 1640 bis 1745. So in Frankreich die Bretonen, die Stützen der Bourbonen von 1792 bis 1800. So in Spanien die Basken, die Stützen des Don Carlos. So in Oesterreich die panslawistischen Südslawen, die weiter nichts sind als der Völkerabfall einer höchst verworrenen tausendjährigen Entwickelung. Daß dieser ebenfalls höchst verworrene Völkerabfall sein Heil in der Umkehr der ganzen europäischen Bewegung sieht, die für ihn nicht von Westen nach Osten, sondern von Osten nach Westen gehen sollte, daß die befreiende Waffe, das Band der Einheit, für ihn die russische Knute ist — das ist das Natürlichste von der Welt."

Damit verwarf Marx keineswegs alle auf staatliche Selbständigkeit gerichteten nationalen Bestrebungen. Wo die Selbständigkeit bzw. die nationale Einigung die Voraussetzung für eine höhere kulturelle Entwickelung war, wo sie gebundene Entwickelungskräfte freisetzte, vertraten er und Engels, unbekümmert um manche unangenehmen Begleiterscheinungen, entschieden die Forderung der nationalen Einheit. Deshalb wünschten Marx und Engels auch 1870, daß Deutschland trotz des „Bismarckismus" siegen möchte; denn die Herstellung der nationalen Existenz schien ihnen die Vorbedingung einer höheren wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands und des politischen Fortschritts der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu sein. So heißt es zum Beispiel in einem Brief von Friedrich Engels an Marx (vom 15. August 1870, III. Band des „Briefwechsels zwischen Friedrich Engels und Karl Marx", S. 319):

„Mir scheint der Kasus: Deutschland ist durch Badinguet (Napoleon) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich

beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm (Liebknecht) die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen kann, scheint mir unmöglich."

Selbst eine gewisse zwangsweise Einverleibung oder Aufsaugung der kleinen „verkrüppelten" Nationchen durch die großen Kulturnationen hielt Marx unter gewissen Umständen für berechtigt, wie er denn weiterhin in dem schon erwähnten Artikel über den „demokratischen Panslawismus" schreibt:

„Und endlich welches „Verbrechen", welche „fluchwürdige Politik", daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine „historische Notwendigkeit" wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationchen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwickelung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären! Freilich, dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationenblümlein gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und ohne eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte, und hätten Alexander, Cäsar und Napoleon dieselbe Rührungsfähigkeit besessen, an die jetzt der Panslawismus zugunsten seiner verkommenen Klienten appelliert, was wäre da aus der Geschichte geworden!"

Das ist die Marxsche Auffassung. Mag jeder damit die in einem großen Teil unserer Presse übliche Verteidigung des Rechts jeder Nation auf staatliche Selbständigkeit vergleichen und sich dann selbst die Frage stellen: „Welches Recht haben denn die Verfasser solcher Artikel, sich auf Marx zu berufen?"

VI.

Ideologische Verirrung.

So steht es nach meiner Ansicht um unsere heutige Parteitheoretik. Es hat sich ein Haufen von falschen Annahmen, Voraussetzungen, Folgerungen angesammelt, eine Ideologie herausgebildet, die notwendig, sobald eine jähe Unterbrechung der gemächlichen Weiterbewegung in alten Bahnen eintrat, in Konflikt mit den geschichtlichen Tatsachen geraten mußte. Daß man das vielfach nicht zugeben wird, gerade in den Kreisen der Theoretiker nicht, dessen bin ich ganz sicher; niemand gesteht sich gern Dinge ein, die ihm unbequem sind. Vielleicht wird es sogar einzelne Theoretiker geben — viele werden es ja kaum sein — die der Meinung sind, daß, wenn einst nach fünfzig oder hundert Jahren die Welt auf unsere heutigen Ideologien zurückblicken wird, wie wir heute auf frühere theoretische Epochen zurückschauen, sie unser heutiges Theoriengewirr hoch einschätzen und vielleicht sagen wird: „Waren das gescheite Kerle!“ Es gibt ja nicht nur in Goethes „Faust“ einen Wagner, der da selbstbefriedigt deklamiert:

Verzeiht! es ist ein groß Ergötzen,
Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen,
Zu schauen, wie vor uns ein weiser Mann gedacht,
Und wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht.

Beweisen läßt sich ja heute nicht, daß die Zukunft ganz anderer Meinung sein wird über die Qualität der sozialistischen Ideologie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts; aber aller Voraussicht nach wird das einst auf Grund der ferneren Entwickelungsgestaltung gefällte Urteil wesentlich anders lauten. Sehen wir uns nur mal an, wie es um die marxistische Soziologie bestellt ist. Nichts als die allerersten Anfänge, und diese Anfänge sind zu einem großen Teil wert, daß sie recht bald zugrunde gehen.

Damit möchte ich keinerlei Anklagen gegen unsere Theoretiker erheben. Ich weiß recht wohl, daß sie zugleich Redakteure, Schriftsteller, Parteiangestellte, Agitatoren usw. sind und meist über zu wenig Arbeit nicht klagen können. Und zudem stehen noch weit weniger als auf bürgerlicher Seite unsere Theoretiker über der Partei als kritische Beobachter, sondern inmitten des Parteilebens; sie leben das Leben der Partei mit, und wenn diese stetige Berührung in gewisser Beziehung ein Vorteil sein mag, so hat sie andererseits den Nachteil, daß die einzelnen von jeweiligen Strömungen mitgerissen werden. Dazu kommt der intensive Kampf

unserer Partei nach allen Seiten und das dadurch bedingte Leben für den Tageskampf, für den Augenblick und seine Forderungen. Für rein wissenschaftliche systematisch-theoretische Untersuchungen ist oder war wenigstens bislang in unserer Partei nur ein sehr mäßiges Bedürfnis vorhanden; verlangt wurde eine schnelle theoretische Erörterung und Begründung der täglich im politischen Kampf auftauchenden Fragen und Forderungen — Theoretik für den täglichen politischen Hausgebrauch.

Mehrfach konnte man in letzter Zeit hören: „Ach, was nützt alle Theorie; es kommt ja doch immer anders, als die Theoretiker voraussagen!" Nichts wäre bedauerlicher, als wenn diese oberflächliche Ansicht in unserer Partei Boden gewänne. Es wäre eine geistige Bankrotterklärung. Die Theorie ist im Kampf einer aufstrebenden, die Neugestaltung der Dinge erstrebenden Klasse nicht zu entbehren. Wie kann man die Theorien feindlicher Parteien bekämpfen, wenn man ihnen nicht eine eigene gefestigte Theorie entgegenstellen kann? Es würde dann — soweit überhaupt ein solcher Zustand denkbar ist — sich lediglich ein jeder nach seinem eigenen Stiefel ohne wissenschaftliche Grundlage seine eigene Spezialtheorie für den Hausgebrauch zurechtmachen. Die theoretische Verwirrung würde nur noch viel größer!

Mir kommt das Gerede von der Ueberflüssigkeit des Theoretisierens so vor, als wenn die Eltern eines Knaben, der in den ersten zwei, drei Schuljahren wenig gelernt hat (vielleicht weniger, weil er unbegabt ist, als infolge einer unrichtigen Lehrmethode), aus dem Nichtlernen ihres Jungen die Folgerung ziehen wollten: „Da der Junge doch nicht viel gelernt hat, soll er künftig gar keinen Unterricht haben; mag er aufwachsen wie er will." Die richtige Folgerung wäre zweifellos: „Der Junge muß, da er sonst nicht weiter kommt, künftig schärfer herangenommen werden und nach einer geeigneteren Methode."

Dieses Rezept gilt cum grano salis auch für die Parteitheoretik. Vorbedingung aber wäre, daß ein wesentlicher Teil der Theoretiker sich zunächst über den Stand der heutigen Ideologie in der Partei klar würde, statt vom hohen Katheder herab zu fordern: Die Entwickelung hat sich nach unseren Illusionen zu richten!

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.